Internationales Komitee der Vierten Internationale (IKVI)
World Socialist Web Site WSWS.ORG

Hafenarbeiter streiken am Internationalen Aktionstag in 113 Häfen gegen Krieg und Völkermord

Unsere Reporter 2. November 2026

Am Freitag beteiligten sich Hafenarbeiter in 113 Häfen in 22 Ländern und Regionen auf fünf Kontinenten an Streiks, Streikposten und Demonstrationen unter dem Motto „Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg“. Dieser internationale Aktionstag war eine eindrucksvolle Demonstration der Solidarität und Stärke der internationalen Arbeiterklasse.

Durch die Aktion wurden Zehntausende Arbeiter gegen den Völkermord an den Palästinensern, den amerikanisch-israelischen Krieg gegen den Iran, den Krieg in der Ukraine und die Verwandlung der Häfen in Stützpunkte für Kriege mobilisiert. Sie fand statt vor dem Hintergrund einer wachsenden Welle von Streiks und Protesten in ganz Europa. Diese richten sich gegen Regierungen, die hunderte Milliarden in die Rüstung stecken und verheerende Sparmaßnahmen durchsetzen.

Zunächst hatten die Hafenarbeitergewerkschaften in Griechenland, Italien, Frankreich, dem Baskenland, der Türkei und Marokko zu der Aktion aufgerufen und wurden schließlich von mehr als 25 Gewerkschaften unterstützt. In ihrer gemeinsamen Erklärung hieß es: „Die Häfen dürfen nicht für den Transport von Waffen, Munition, Kriegsgerät und Soldaten benutzt werden.“

In Italien waren die Ausstände der Hafenarbeiter Teil eines 24-stündigen Generalstreiks gegen hohe Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne und die Kriegswirtschaft, zu dem die Unione Sindacale di Base (USB) aufgerufen hatte.



Tausende Demonstranten zogen am 30. Oktober 2026 durch Mailand während des landesweiten Generalstreiks gegen steigende Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne und

Militärausgaben, zu dem die Unione Sindacale di Base (USB) und andere Basisgewerkschaften aufgerufen hatten. Auf den Transparenten steht „Die Generation prekärer Arbeiter kämpft ums Überleben“ und „Wenn wir brennen, brennt ihr mit uns.“ [AP Photo/Luca Bruno]

Die rechtsextreme Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni setzte Bereitschaftspolizei gegen die Streiks und Proteste ein. In Mailand wurden unter Anwendung eines am 20. Oktober verabschiedeten Sicherheitsdekrets 500 zusätzliche Soldaten eingesetzt, die bis zum Ende des Jahres gemeinsam mit der Polizei Streife gehen sollen.

Am 27. Oktober unterzeichnete Verkehrsminister Matteo Salvini eine Anordnung, der zufolge Streiks im Luft-, Schienen- und Seeverkehr, im Taxigewerbe sowie im öffentlichen Nahverkehr verschoben werden müssen. Als Grund nannte er die juristisch geschützte Feiertagszeit rund um Allerheiligen. Arbeitern, die dennoch streiken, drohen Geldstrafen von 500 bis 1.000 Euro pro Tag. Die Gewerkschaft USB verurteilte dies als „falsche und rechtswidrige Anordnung, der wir uns nicht fügen werden“, und erklärte, sie werde alle Arbeiter, denen Sanktionen drohen, juristischen Beistand bieten.



Tausende Demonstranten ziehen am 30. Oktober 2026 während eines Generalstreiks gegen steigende Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne und Militärausgaben durch Rom. Auf dem Transparent steht: „Wir erarbeiten den Reichtum, ihr stehlt uns die Zukunft.“ [AP Photo/Alessandra Tarantino]

In mehr als 40 Städten fanden Demonstrationen statt. In Mailand demonstrierten etwa 25.000 Menschen, und mehr als 30.000 Arbeiter und Studenten blockierten mehr als eine Stunde die östliche Ringstraße der Stadt. In Neapel versammelten sich etwa 20.000 Menschen auf der Piazza Mancini, wo ein Bild von Meloni verbrannt wurde. In Livorno zogen 10.000 Schüler, Studierende und Arbeiter, darunter Hafenarbeiter und Feuerwehrleute, zur Präfektur. In Florenz beteiligten sich laut den Organisatoren 12.000 Menschen an Demonstrationen, ebenso 2.000 in Palermo. Auch in Rom, Bologna, Brescia und Mestre fanden Demonstrationen statt.

Die Polizei ging in mehreren Städten mit Gewalt gegen Demonstranten vor. In Turin setzte sie vor der Präfektur an der Piazza Castello Wasserwerfer ein, wobei zwei Menschen verletzt wurden. In Rom attackierten sie Studenten nahe der Via Claudia. In Vicenza ging sie mit Tränengas und Wasserwerfern gegen etwa 2.000 Demonstranten vor, die zur Ringstraße

unterwegs waren. Laut den Organisatoren wurden drei Demonstranten verletzt, und eine Person wurde dabei von einer Tränengaskartusche am Kopf getroffen. In Mestre setzte die Polizei Schlagstöcke ein. In Neapel erreichten die Demonstranten den Hafen erst, nachdem die Bereitschaftspolizei mehr als eine Stunde versucht hatte, sie aufzuhalten.

Eine Auswahl der weltweiten Aktionen von Hafenarbeitern:

Italien: Dockarbeiter streikten in Genua, Livorno, Trieste, Civitavecchia, Ancona, Ravenna, Gioia Tauro, Carrara und Bari. In Genua blockierten Hunderte von ihnen bei Tagesanbruch das Hafentor Albertazzi mit brennenden Reifen. Tausende Studierende und Arbeiter zogen vom Bahnhof Principe zu den Arbeitern und in den Hafen. In Neapel drangen Demonstranten durch das Bausan-Tor in den Hafen ein. In Reggio Calabria solidarisierten sich Arbeiter und junge Menschen mit den Hafenarbeitern. In Triest wuchs ein Demonstrationszug, der am Hafentor 4 startete, auf 10.000 Teilnehmer an.

Griechenland: Durch den Streik der Seeleute kam in sieben Häfen (Piräus, Rafina, Lavrio, Patras, Igoumenitsa, Elefsina und Rio-Antirrio) der Fährverkehr zum Erliegen. Etwa 3.000 Hafenarbeiter und Seeleute beteiligten sich an dem Ausstand in Piräus, dem größten Hafen des Landes, und vor dem COSCO-Containerterminal wurden Streikposten aufgestellt. Im Frachthafen von Thessaloniki blieben wegen eines dreistündigen Ausstands mehr als 200 Container und Lastwagen liegen.



Hafenarbeiter demonstrieren in Piräus, Griechenland [Photo: PAME/X]

Frankreich: Etwa 14.000 Hafenarbeiter, darunter 7.500 Dockarbeiter, streikten in 24 Häfen – in Dunkerque, Calais, Boulogne, Le Havre, Rouen, Paris, Cherbourg, Saint-Malo, Roscoff, Brest, Lorient, Nantes Saint-Nazaire, La Rochelle, Bordeaux, Bayonne, Port-Vendres, Sète, Marseille, Fos-sur-Mer, Toulon, Nice, Ajaccio, Bastia und La Réunion. In Le Havre fuhren keine Lastwagen in den Hafen ein. François Brisot, ein lokaler Funktionär der Gewerkschaft CGT, erklärte: „Es wird weder be- noch entladen." In Dunkerque wurden die Stückgut-, Flüssiggut- und Treibstoffterminals blockiert. In Nantes Saint-Nazaire lagen neun Schiffe untätig vor Anker. In Fos-sur-Mer versammelten sich Hunderte zu einer Demonstration.


Der verlassene Hafen von Paris während des Streiks am 30. Oktober 2026

Spanien und **das Baskenland**: In 16 Häfen – Bilbao, Pasaia, Algeciras, Avilés, Barcelona, Valencia, Cádiz, Almería, Gijón, Santa Cruz de Tenerife, Huelva, Las Palmas, Málaga, Santander, Sevilla und Vigo – wurde von 13 bis 15 Uhr die Arbeit niedergelegt.

Belgien: In Antwerpen schlossen sich Mitglieder der Gewerkschaft BBTK der Aktion an.

Deutschland: Der unbefristete Streik für höhere Löhne in den Nordseehäfen, den die Gewerkschaft ver.di geplant hatte, fand nicht statt. Stattdessen einigte sich die Gewerkschaft auf eine Erhöhung von 3,4 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten, obwohl sie 8,2 Prozent gefordert hatte. In Hamburg beschloss der ver.di-Fachbereich für die maritime Wirtschaft stattdessen, Solidarität mit dem Aktionstag zu bekunden.

Dänemark: In Kopenhagen organisierten Hafenarbeiter eine Kundgebung in Nordhavn.

Türkei: Vor dem Istanbuler Hafen Haydarpaşa versammelten sich Demonstranten unter einem Transparent mit der Aufschrift „Nein zum Krieg, nein zur Aufrüstung!“ und forderten ein Ende der Waffenlieferungen nach Israel. Die Gewerkschaft Limter-İş hatte für 11 Uhr zu dem Protest aufgerufen, während die Gewerkschaft Liman-İş bereits im Vorfeld angekündigt hatte, in den Häfen von Mersin, Gemlik und Istanbul Erklärungen abzugeben.

Marokko: In Tanger und Casablanca kam es zu Arbeitsniederlegungen von bis zu zwei Stunden.

Indien: Etwa 5.000 Hafenarbeiter demonstrierten in den großen Häfen, darunter etwa 500 in Mumbai und Kotschi, und 200 in Tuticorin. Auch der größte Containerhafen Indiens, Nhava Sheva bei Mumbai, war betroffen.

In **Marseille** sprachen Reporter der WSWS mit dem Hafenarbeiter Pierre. Nach einem Aufruf der CGT fand in dem Hafen eine Generalversammlung von 500 bis 800 Hafenarbeitern statt, vor denen der Generalsekretär der CGT für Häfen und Docks von Fos-sur-Mer eine Rede hielt.

Pierre sagte: „Alle Aktivitäten im Hafen kamen zum Erliegen. Soweit ich es sehen konnte, arbeiteten einige Subunternehmen weiterhin im Hafen an Dingen, die mit Infrastruktur zu tun haben. Aber das Entladen von Schiffen und das Verladen von Containern auf Lastwagen ist zum Erliegen gekommen.“ Die Arbeiter seien „besorgt über die internationale Lage, was in der Ukraine passieren könnte, aber auch im Nahen Osten. Das wirkt sich auch auf den Lebensstandard von Hafen- und Dockarbeitern aus, vor allem die Lebenshaltungskosten und die hohen Benzinpreise, was wiederum ihre Löhne beeinträchtigt.“

In **Griechenland** hatte die Gewerkschaft der Containerhafenarbeiter ENEDEP im Rahmen eines landesweiten 24-stündigen Streiks der Seeleute für Lohnerhöhungen zur Aktion in Piräus, im Ballungsraum Athen, aufgerufen.

Der Streik wurde mit dem Aktionstag von drei Gewerkschaften der Seeleute koordiniert, darunter die Panhellenische Gewerkschaft der Schiffsingenieure der Handelsmarine und die Panhellenische Gewerkschaft der Seeleute der Handelsmarine. Sie fordern eine zwölfprozentige Lohnerhöhung, verbesserte Arbeits- und Sicherheitsbedingungen, den Sieben-Stunden-Tag und die verpflichtende Anwesenheit von medizinischem Personal an Bord der Schiffe. Die Gewerkschaft des festangestellten Hafenpersonals Griechenlands organisierte eine dreistündige Arbeitsniederlegung, und das Gewerkschaftszentrum von Piräus, der lokale Dachverband der Gewerkschaften, rief zu einem 24-stündigen Streik in der ganzen Stadt auf.

In Piräus wurden Bilder von Schulkindern gegen den Krieg ausgestellt, und eine Schweigeminute für die Opfer des Zugunglücks im spanischen Urda eingelegt.

In Patras, der drittgrößten Stadt Griechenlands, wurde der Zugang zum Hafen von Streikposten blockiert. Zwei hydraulische Kräne, die auf die Ladeflächen von Lastwagen montiert und auf beiden Seiten des Zugangs platziert wurden, hielten ein Transparent, auf dem in Griechisch und Englisch stand: „Wir arbeiten nicht für Krieg und ihre Profite.“



Streikende blockieren den Zugang zum Hafen von Patras, der drittgrößten Stadt Griechenlands. Auf einem von zwei Kränen gehaltenen Transparent steht in Griechisch und Englisch: „Wir arbeiten nicht für Kriege und ihre Profite“, unterzeichnet von „Gewerkschaften und Organisationen, Gewerkschaftszentrum Patras“. Die Karte in der Mitte zeigt die internationalen Häfen, in denen Aktionen stattfanden. [Photo: PAME Greece International]

In Indien stellen sich die Hafenarbeiter der Regierung der Bharatiya Janata Party entgegen, die eine entscheidende Rolle dabei gespielt hat, Israels mit Waffen für seinen Völkermord an den Palästinensern zu beliefern. Laut einem Bericht von Amnesty International vom 30. Juli haben staatliche und private Unternehmen aus Indiens zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 30. November 2025 mindestens 2.596 Lieferungen nach Israel verschifft. Dazu gehörten fast eine Million Güter für Tel Avivs Kriegsmaschinerie, u.a. mindestens 564.970 Teile für Sprengmunition, 390.516 Teile für Handfeuerwaffen und 298 Komponenten für Militärfahrzeuge sowie Artilleriegeschosse des Kalibers 155 mm von Elbit Systems, und Gefechtsköpfe für SkyStriker-Kamikazedrohnen.



Hafenarbeiter in Mumbai. Auf dem Transparent steht: „Seeleute und Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg! Häfen für Frieden, Arbeitsplätze mit Würde“ [Photo: Forward Seamen's Union of India/Facebook]

Die Sozialistischen Gleichheitsparteien (SGP) in Europa erklärten am 29. Oktober, das Vorgehen der Hafenarbeiter zeige „die enorme Macht der internationalen Arbeiterklasse, die Kriegsmaschinerie lahmzulegen. Diese Macht muss nun bewusst organisiert und ausgeweitet werden.“ Er „darf nicht auf einen eintägigen Protest beschränkt bleiben“, sondern „muss zum Ausgangspunkt anhaltender, koordinierter Streikaktionen werden“.

Sie warnten vor den politischen Grenzen der Organisatoren, deren gemeinsame Erklärung die Ukraine nicht einmal erwähnt. Die europäischen Gewerkschaftsbürokratien, darunter die deutsche Gewerkschaft ver.di, unterstützen den NATO-Krieg gegen Russland. Die USB und andere Gewerkschaften, die dem stalinistisch geführten Weltgewerkschaftsbund (WGB) nahestehen, beschränken sich auf Appelle zu Verhandlungen zwischen den imperialistischen Regierungen und dem Putin-Regime, während der französische Gewerkschaftsdachverband CGT versucht, den Widerstand in Gespräche mit Präsident Emmanuel Macron zu kanalisieren.

Die SGPs forderten den Aufbau von unabhängigen Aktionskomitees in Betrieben, Schulen und Arbeitervierteln und die Verbindung des Kampfs der Hafenarbeiter mit denen der Eisenbahner, Lastwagenfahrer, Seeleute und Jugendlichen gegen die Wehrpflicht durch die Internationale Arbeiterallianz der Aktionskomitees. Das Ziel muss die „Vorbereitung eines dauerhaften europäischen Generalstreiks sein, der die Herrschaft der kapitalistischen

Oligarchie herausfordert und die Frage der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse aufwirft“.

Arbeiter und Jugendliche stehen vor der Aufgabe, diese Kämpfe durch die bewusste Übernahme des Programms des sozialistischen Internationalismus auszuweiten und zu entwickeln: den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa als Teil eines internationalen sozialistischen Staatenbunds und für den Aufbau von Sozialistischen Gleichheitsparteien, Sektionen des Internationalen Komitees der Vierten Internationale, als revolutionäre Führung der Arbeiterklasse.

Mehr lesen

- Hafenarbeiter in Marseille blockieren Waffenlieferung nach Israel

  18. Juni 2025

- Griechische Hafenarbeiter blockieren den Transport von 21 Tonnen Munition nach Israel

  23. Oktober 2024

- Hafenarbeiter am Mittelmeer bereiten Internationalen Protesttag gegen den eskalierenden weltweiten Krieg vor

  4. Februar 2026

- Unterstützt den Internationalen Aktionstag der Hafenarbeiter! Organisiert einen europaweiten Generalstreik gegen Krieg und Sozialabbau!

  30. Oktober 2026

Kommentieren
Kontakt
Mehr zu den Themen dieses Artikels:
KlassenkampfMilitarismus und KriegStoppt den Genozid in Gaza!UkrainekriegEuropaItalienFrankreichGriechenlandPalästina
Klassenkampf

- Autoindustrie
- Bildung
- Gesundheit und Pflege
- Transport und Logistik
- Dienstleistung



Jugendliche in Deutschland schließen sich der internationalen Bewegung gegen Sozialabbau und Krieg an

Die entscheidende Frage ist, wie diese Opposition zu einer bewussten politischen Bewegung entwickelt werden kann, die in der Lage ist, ihre Forderungen durchzusetzen.

Johannes Stern•vor 15 Stunden



Vor dem Streik in Frankreich am 5. November: Internationaler Hafenarbeiterstreik zeigt die Kampfbereitschaft der Arbeiter

Am Freitag, den 30. Oktober 2026, beteiligten sich Hafenarbeiter aus mindestens 113 Häfen in 22 Ländern an einem internationalen Aktionstag gegen Krieg, Völkermord und Militarisierung.

Anthony Torres•vor 16 Stunden



Buchvorstellung in Nürnberg: „Wohin geht Amerika? Faschismus oder Sozialismus“

Wir veröffentlichen hier den Beitrag von Johannes Stern zur Buchvorstellung: „Wohin geht Amerika? Faschismus oder Sozialismus“ auf der Linken Buchmesse in Nürnberg.

Johannes Stern•2. November 2026



US-Gewerkschaft UAW sabotiert 7-wöchigen Streik bei Heiztechnikhersteller Bradford White

Die 1.200 Arbeiter im Werk des Heiztechnikherstellers Bradford White in Middleville (Michigan) befinden sich seit sieben Wochen im Streik. Am kommenden Wochenende werden sie nun von der Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) aufgefordert, über ein Angebot der Unternehmensleitung abzustimmen, das diese als ihr „letztes, bestes und endgültiges“ bezeichnet.

Jerry White•30. Oktober 2026

Unterstützt den Internationalen Aktionstag der Hafenarbeiter! Organisiert einen europaweiten Generalstreik gegen Krieg und Sozialabbau!

Sozialistische Gleichheitsparteien in Europa•30. Oktober 2026

Bildung statt Krieg! Mobilisiert die Arbeiterklasse gegen Sozialabbau, Wehrpflicht und Polizeistaat!

International Youth and Students for Social Equality•29. Oktober 2026

Audi-Chef Döllner unterstützt Trump im Wahlkampf

Dietmar Gaisenkersting•29. Oktober 2026

Frankreich: Macron droht mit Verhängung des Ausnahmezustands gegen Massenproteste

Alexandre Lantier•28. Oktober 2026

„Ohne Uni keine Zukunft“: Studentenproteste in Wien

Inessa Reed•28. Oktober 2026

© 1998-2026 World Socialist Web Site. All rights reserved.